

**Antrag Nr. 3**

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International  
[KOMintern] an die 160. Vollversammlung der Arbeiterkammer  
Wien**

**Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Bank**

In Zypern gehen derzeit solide Unternehmen pleite, weil ihre Geschäftskonten eingefroren wurden. Ihre liquiden Mittel werden vom Staat zur „Bankensanierung“ beschlagnahmt. Die Geschäftskonten werden als Großanlagen definiert und „russischen Schwarzgeldkonten“ gleichgestellt.

Das „Bankensanierungssystem Zypern“ soll jetzt durch eine EU-Richtlinie zur Norm werden.

In Österreich hat man nach der Krise 1873, wo viele Banken Pleite gingen, die PSK als "Anstalt öffentlichen Rechts" gegründet, für die der Staat eine 100%ige Einlagengarantie übernahm. Damit gab es eine sichere Bank nach der Krise. Wir brauchen eine derartige „Struktur von sicheren Konten“ für das 21. Jahrhundert. Das Geld muss natürlich entsprechend sicher angelegt werden z.B. für Kredite an die öffentliche Hand, öffentliche Unternehmen und andere Institutionen, welche vom Rechnungshof kontrolliert werden.

**Deshalb fordert die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:**

Es ist eine öffentlich-rechtliche Bank in Österreich einzurichten, welche die Einlagen von Giro- und Geschäftskonten in voller Höhe staatlich garantiert, um die Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs für Beschäftigte und Unternehmen sicherzustellen.